1 D 3417 D

türkei infodienst

NR. 71 ERSCHEINT 14-TÄGIG 19. DEZEMBER 1983

AMNESTIE

Zusammen mit der Wahlkampagne tauchte in der Türkei erneut das Thema Amnestie für Straftäter auf. Dieses Thema ist aber beileibe nicht neu. Aus diesem Grunde haben wir aufgrund der erneuten Aktualität versucht, hier einen Überblick zu schaffen.

Es ist zunächst einmal so, daß in der Türkei wie auch in vielen anderen Ländern die Möglichkeit besteht, gewisse Strafen zu reduzieren, bzw. aufgrund guter Führung oder dergleichen eine vorzeitige Haftentlassung anzuordnen. Es besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit, Personen zu begnadigen. Staatspräsident Kenan Evren hat in der 3-jährigen Herrschaft des Nationalen Sicherheitsrates von diesem Recht in 7 Fällen Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus aber ist es in der Türkei durchaus üblich, daß insbesondere bei Machtwechseln oder aber herausragenden Anlässen (bestimmten Jahrestagen oder dergleichen) eine Amnestie erlassen wird. Diese kann sowohl genereller Natur sein, aber auch nur auf bestimmte Straftaten beschränkt werden (so wurde in der Zeit nach dem 12.09.1980 eine Amnestie für die Personen erlassen, die ohne Genehmigung gebaut hatten).

In der Diskussion um eine erneute Amnestie spielt die Generalamnestie von 1974 eine große Rolle. Gegen das Votum des damaligen Koalitionspartners MSP hatte die sozialdemokratische CHP unter Bülent Ecevit eine Amnestie erlassen, wobei auch eine ganze Reihe von politischen Häftlingen in den Genuß dieser Amnestie kamen. Die Generäle und auch die konservativen Kreise in der Türkei behaupten nun seit langem, daß ein Anstieg der "Anarchie" im Lande ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die führenden Köpfe der radikalen Organisationen 1974 wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, und es ihnen dadurch ermöglicht wurde, ihre Organisationen aufzubauen.

Allein dies ist schon ein Grund dafür, das Amnestiegesetz sehr negativ zu beurteilen. Auf der anderen Seite gibt es aber einen großen Druck der Öffentlichkeit durch die Angehörigen der Untersuchungs- und Strafgefangenen, die nach der harten Zeit der Militärdiktatur nun erwarten, daß man Gnade vor Recht ergehen läßt. Außerdem gibt es da noch den Sachzwang der überfüllten Gefängnisse. Hier muß man entweder entsprechend viel neue Plätze und Gefängnisse bauen, oder aber eine große Anzahl von Häftlingen entlassen, damit die Überbelegung abgeschafft wird.

Nun ist es aber so, daß für ein neues Amnestiegesetz gar nicht sehr viel Spielraum besteht. Denn schon die Verfassung schränkt hier enorm ein. In der Verfassung heißt es:

Artikel 87: Die Aufgaben und Kompetenzen der Großen Nationalversammlung der Türkei sind: ..., allgemeine oder besondere Amnestie zu verkünden, mit Ausnahme solcher Personen, die wegen Straftaten aus Artikel 14 der Verfassung verurteilt worden sind, Vollstreckung von gerichtlich rechtskräftigen Todesurteilen zu beschließen, ...

Schaut man dann einmal in den Artikel 14 der Verfassung, so kann man leicht feststellen, daß hier insbesondere die ideologischen Straftaten angesprochen sind, also solche, die gegen "den Staat gerichtet" sind, wie es in der offiziellen Sprache heißt. Der Artikel 14 der Verfassung lautet:

Artikel 14: Von den Grundrechten und -freiheiten dieser Verfassung darf keines gebraucht werden, um die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und seiner Nation zu zerstören, die Existenz des türkischen Staates und der Republik in Gefahr zu bringen, die Grundrechte und -freiheiten zu beseitigen, die Führung des Staates durch eine Person oder einen Stand oder die Vorherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse herbeizuführen oder Unterschiede in Sprache, Rasse, Religion oder Bekenntnis zu schaffen oder auf sonstigem Wege eine auf diesen Begriffen und Ansichten beruhende Staatsordnung zu gründen.
Die Sanktionen, die gegen diejenigen angewendet werden, die gegen diese Verbote handeln oder andere in dieser Richtung anstiften oder aufhetzen werden durch Gesetz geregelt.
Keine Vorschrift der Verfassung darf so ausgelegt werden, als gewähre sie das Recht zu einem auf die Beseitigung der in der Verfassung gewährten Grundrechte und -freiheiten gerichteten Verhalten.

Ausgehend von dieser Grundlage hat es aber dennoch Initiativen für eine Amnestie gegeben. Zwei Mal war es der Abgeordnete für die Provinz Tunceli in der Beratenden Versammlung, **Kamer Genc**, der einen solchen Entwurf in die Diskussion einbrachte. Bei seinem ersten Vorstoß im Dezember 1982 führte er aus, daß für alle Strafen, die nach der Verfassung amnestiewürdig sind, eine solche erteilt werden müsse. Sein Gesetzesentwurf, den er bei den Diskussionen um eine Reform des Strafvollzuges einbrachte, war damit begründet, daß später politische Parteien aus diesem Thema wieder Kapital schlagen könnten und man deshalb als neutrale Einrichtung diese Entscheidung treffen solle (Cumhuriyet vom 18.12.1982).

Den zweiten Vorstoß machte Kamer Genc im Februar 1983, als er dieses Mal nur eine Teilamnestie forderte. Interessant war dabei, daß diese Amnestie insbesondere die Täter betreffen sollte, die wegen Vergehen nach den §§ 125 - 167 verurteilt worden waren (dies sind gerade die politischen Strafbestimmungen). Ausgeschlossen von dieser Teilamnestie sollten solche Taten sein, die gegen den Staat gerichtet waren, oder die das Bankierswesen betrafen. Dieser Gesetzesentwurf wurde ohne Diskussion abgelehnt (Günes vom 2.2. und 3.2.83).

Berichtet werden muß auch von einer Kampagne des Journalisten **Lütfü Oflaz**, der selber nach Verbüßung einer 18-monatigen Strafe (wegen eines Artikels, L.

Oflaz wird eine Nähe zur Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei nachgesagt) zu einer Kampagne für eine Amnestie aufrief. Günes meldet am 25.01.1983, daß innerhalb dieser Kampagne über 2 Millionen Briefe eingetroffen sind. Obwohl Lütfü Oflaz Aufsehen im Ausland erregte und auch zu einem Gespräch bei dem Nationalen Sicherheitsrat geladen wurde, blieb diese Kampagne aber wirkungslos.

Bei den Wahlreden wurden die Führer der politischen Parteien auch immer wieder auf dieses Thema angesprochen. Selbst Turgut Sunalp redete dabei von einer möglichen Teilamnestie. Gleiches war vom späteren Gewinner der Wahlen, Turgut Özal, zu hören. Der Führer der Populistischen Partei (HP), Necdet Calp, war der Einzige, der eine Generalamnestie vertrat. Es wird behauptet, daß ihm diese Aussage eine ganze Reihe von Stimmen eingebracht hat.

Gleichzeitig mit der Stellungnahme der Parteien erfolgte aber auch eine Behandlung dieses Themas in der Öffentlichkeit. Als erste Institution schaltete sich die Anwaltskammer in die Diskussion ein. Der stellvertretende Vorsitzende der Anwaltskammer, **Teoman Evren**, machte dabei auf die untragbaren Zustände in den Gefängnissen aufmerksam (Milliyet vom 14.11.83, Cumhuriyet vom 28.11.1983). **Atilla Sav**, der ehemalige Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, der wegen seiner Kandidatur für die SODEP von seinem Posten zurückgetreten war, aber von dem Nationalen Sicherheitsrat als Gründer abgelehnt wurde, machte auf das gleiche Problem in mehreren Stellungnahmen aufmerksam. Er meinte, daß es gerade in der Periode der Reinstallierung des demokratischen Systems notwendig sei, eine Amnestie zu erlassen, um Verbitterung zu vermeiden (Cumhuriyet vom 1.12. und 5.12.83).

Neben vielen Kolumnisten der Zeitungen, wie Ugur Mumcu am 2.12.83 in Cumhuriyet griff insbesondere **Oktay Akbal** das Thema auf. Er war Ende November aus der Haft entlassen worden, die bei ihm aber als eine nächtliche Haft angeordnet gewesen war (d.h. er war tagsüber auf freiem Fuß). In bisher 5 Kolumnen (28.11./30.11./01.12./02.12./10.12.83 - Cumhuriyet) griff er verschiedene Probleme der Gefängnisse und hier konkret des Militärgefängnis Sagmalcilar in Istanbul auf. Mit litararischer Kraft beschreibt er hier die Sehnsucht der Gefangenen nach einer Amnestie. Er zitiert aus einem Brief, in dem ein Häftling aus Edirne beschreibt, wie der Gesetzesentwurf von Kamer Genc von den Gefangenen gefeiert wurde, als wäre das Gesetz schon verabschiedet. Erst die Wärter, die einen Aufstand vermuteten, klärten die Gefangenen darüber auf, daß es nur ein Entwurf sei, der zudem noch abgelehnt wurde. Oktay Akbal beschreibt die Probleme der Wärter, die selber zu Gefangenen werden, weil sie mit einem enorm weiten Anreiseweg praktisch 12 Stunden jeden Tag im Dienste des Gefängnisses stehen. Er sieht die Qualen der Angehörigen, die sich nachts um 3 Uhr in die Schlange stellen, um ihre Söhne und Töchter einmal zu sehen. Einen besonderen Augenmerk legt er auf die jugendlichen Straftäter, die durch die Strafhaft eher noch zu kriminellen Taten angeleitet werden, als daß man sie erzieht. Seine Bemerkung, daß die Waren in der Gefängniskantine das drei- und vierfache dessen kosten, was man außerhalb des Gefängnisses dafür bezahlt, hat Reaktionen eines Aufsehers aus Sagmalcilar hervorgerufen, der nun genau das Gegenteil behauptet, nämlich daß die Güter im Gefängnis billiger sind, als außerhalb. Dieser Brief, der am 10.12.83 in Cumhuriyet abgedruckt war, wartet noch auf eine Antwort.

Es wird aber in der Türkei derzeit auch offiziell zugegeben, daß die Zustände in den Gefängnissen nicht gerade rosig sind. Ob dies allerdings ausreicht, damit sich die neue Regierung an dieses heikle Thema wagt, bleibt abzuwarten.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12. September 1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Die Zahl der seit der Ausrufung des Kriegsrechts in der Türkei verhängten Todesstrafen beträgt 273.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Vor den Kriegsgerichten der Türkei wurde in 5714 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 02.12.1983

Die Zeitung Hürriyet wurde geschlossen

Aufgrund des § 3/c des Gesetzes Nr. 1402 wurde die Zeitung Hürriyet vom Kriegsrechtskommandanten in Istanbul unbefristet verboten *(Hier ist wie üblich in der türkischen Presse kein Grund angegeben, aber die Todesanzeige des TKP-Vorsitzenden Ismail Bilen, die als Aufruf zum Kommunismus interpretiert wurde, soll den Ausschlag gegeben haben, tid).*

Cumhuriyet vom 02.12.1983

Das Rize Dev-Yol Verfahren ging zu Ende

Vor dem Kriegsgericht der 3. Armee in Erzincan ging der Prozeß gegen 7 Angeklagte der illegalen Organisation Dev-Yol zu Ende. Vier Angeklagte wurden zu je 5 Jahren Haft verurteilt, die anderen drei Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Cumhuriyet vom 02.12.83

Haftentlassung in den Verfahren TKP und DDKD

Im Verfahren gegen die TKP mit 88 Angeklagten vor dem Militärgericht in Diyarbakir wurden 2 Angeklagte aus der Haft entlassen. Vor dem gleichen Gericht wurde in dem Verfahren gegen die KIP-DDKD mit 483 Angeklagten (das könnte ein Druckfehler sein, denn zuvor hatte dieses Verfahren lediglich 80 Angeklagte, tid) ein Angeklagter aus der Haft entlassen.

Hürriyet vom 04.12.83

Die Strafe für Metin Toker ist rechtskräftig geworden

Nachdem der Kriegsrechtskommandant für Istanbul die 3-monatige Haftstrafe für den Journalisten der Zeitung Milliyet, Metin Toker, als nicht revisonsbedürftig abgelehnt hat, ist die Strafe rechtskräftig geworden. Wegen des Artikels "Ein Drehbuch, das sicher mit einem tragischen Schluß endet, wenn es durchgeführt wird" vom 14.08.83 war Metin Toker am 15.09.83 vor dem Militärgericht in Istanbul zu dieser Strafe verurteilt worden. In dem Artikel war ein Verstoß gegen das Dekret Nr. 76 und das Gestz 1402 gesehen worden.

Cumhuriyet vom 04.12.1983

7 Theaterschauspieler wurden entlassen

7 Schauspieler, die an den städtischen Bühnen in Istanbul beschäftigt waren, wurden entlassen. Es handelt sich dabei um Aliye Uzunatagan, Avni Yalcin, Cetin Ipekkaya, Oben Güney, Taner Barlas, Savas Dincel und Aslan Kacar (Savas Dincel war vor einigen Monaten inhaftiert worden, weil er den Text zu einem Karrikaturheft über Nazim Hikmet geschrieben hatte, tid). Auf Befragen teilte der Manager bei den städtischen Bühnen, Vasfi Riza Zobu mit, daß er von der Entlassung gehört habe und nun Umbesetzungen vornehmen müsse.

Cumhuriyet vom 06.12.1983

Strafe gegen Ali Kocatepe rechtskräftig

Die Strafe gegen den Musiker und Herausgeber der Zeitschrift 'Erkekce', Ali Kocatepe, die er aufgrund des Abdruckes eines Fotos und eines Artikels einer ausgebürgerten Person bekommen hatte, ist rechtskräftig geworden. Die Staatsanwaltschaft wurde informiert, daß er nun seine dreimonatige Haftstrafe antreten könne.

Cumhuriyet vom 06.12.1983

Gönensin und Güllapoglu wurden freigesprochen

Vor dem Militärgericht in Istanbul wurde unser Chefredakteur Okay Gönensin und unser Reporter Fatih Güllapoglu von dem Vorwurf freigesprochen, gegen das Gesetz Nr. 1402 verstoßen zu haben. Am 16.09.82 war ein Artikel über die Weizenpreise erschienen, mit dem angeblich Panikmache in der Bevölkerung betrieben worden ist.

Cumhuriyet vom 06.12.1983

Die Aussage von Caglayangil wurde aufgenommen

Von der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul wurde die Aussage des ehemaligen Außenministers Ihsan Sabri Caglayangil durch den Staatsanwalt Hanefi Öncül aufgenommen. Ihm wird ein Verstoß gegen den § 140 TSG vorgeworfen, nachdem ein Brief von ihm am 3.10.83 im "Spiegel" veröffentlicht worden war. Cagalayangil hatte diesen Brief an Hans-Dietrich Genscher gerichtet.

Cumhuriyet vom 07.12.1983

Hürriyet erscheint heute wieder

Die Kriegsrechtskommandantur in Istanbul hat die Herausgabe der Zeitung Hürriyet wieder erlaubt. Sie war am 1.12.83 verboten worden.

Hürriyet vom 09.12.1983

Einspruch gegen Haftbefehl von Yalcin Kücük wurde abgelehnt

Der Einspruch der Anwälte des Dozenten Yalcin Kücük gegen den Haftbefehl des Militärgerichtes Nr. 3 in Istanbul wurde abgelehnt. Der Haftbefehl war ergangen, weil Yalcin Kücük im Verdacht steht, die Streitkräfte des Landes beleidigt zu haben.

Hürriyet vom 10.11.1983

Inönü wurde freigesprochen

Vor dem Militärgericht in Ankara wurde der ehemalige Vorsitzende der SODEP, Erdal Inönü, von dem Vorwurf gegen das Dekret Nr. 76 verstoßen zu haben, freigesprochen. Nach den Vetos für seine Partei hatte er in einer Stellungnahme davon gesprochen, daß eine Verzögerung bei dem vernünftigen Übergang zur Demokratie eintreten werde. Dies wurde vom Gericht als Sorge um die Demokratie akzeptiert.

Cumhuriyet vom 08.12.1983

Verfahren gegen TKP'ler in Ankara

Die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara hat ein weiteres Verfahren gegen 4 Angehörige der TKP beantragt. Unter den Angeklagten ist auch der Maler Orhan Salim Taylan (Angeklagter bei der Friedensvereinigung, tid). Nach § 141/5 TSG werden Haftstrafen zwischen 5 und 12 Jahren gefordert.
Im Verfahren mit 11 Angeklagten der TKP in Ankara wurden 6 Angeklagte aus der Haft entlassen, so daß nun alle Angeklagte auf freiem Fuß sind.

Cumhuriyet vom 10.12.1983

Die Aussage von Avci wird im Wege der Amtshilfe aufgenommen

Die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul hat die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara aufgefordert, die Aussage des Vorsitzenden der DYP, Yildirim Avci, aufzunehmen. Ihm wird vorgeworfen, in dem Interview, das er der Zeitschrift Nokta gab (erschienen am 22.08.83), gegen das Dekret Nr. 76 verstoßen zu haben.

Hürriyet vom 11.12.1983

4 Reporter der verbotenen Zeitung Hergün wurden wegen Beleidigung verurteilt

4 Reporter der nach dem 12.09.80 verbotenen Zeitung Hergün wurden vor dem Pressegericht in Ankara zu Strafen zwischen 15 Tagen und 12 Monaten, sowie Geldstrafen verurteilt. Sie waren für schuldig befunden worden, in verschiedenen Artikeln zwischen dem 24. und 27.2.77 den Vorsitzenden der Theologieeinrichtung, Süleyman Ates, beleidigt zu haben.

Cumhuriyet vom 13.12.1983

In Gölcük wurden 19 rechtsgerichtete Angeklagte verurteilt

Vor dem Militärgericht in Gölcük wurden 19 rechtsgerichtete Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 3 Jahren, 10 Monaten und 17 Jahren, 9 Monaten verurteilt. 4 weitere Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Cumhuriyet vom 13.12.1983

Das TIP-Verfahren von Istanbul

Im Verfahren gegen 144 Angeklagte der Arbeiterpartei der Türkei TIP vor dem Militärgericht in Istanbul wurde mit der Verteidigung der Anwälte fortgefahren. Sie führten vor allem aus, daß es vom juristischen Standpunkt aus, keine außerordentliche Periode geben könne. Aus diesem Grunde seien die Angeklagten, die einer legalen Partei angehört haben, auch nicht nach den §§ 141 und 142 zu verurteilen. Die Verteidiger forderten für alle Angeklagten Freispruch.

e) VERHAFTUNGEN

6 Polizisten wurden in Ankara verhaftet, weil sie von

einem Verdächtigen ständig Bestechungsgelder verlangt haben *(Hürriyet vom 01.12.83)*.

Im Gebiet der 2. Armee und Kriegsrechtskommandantur (Sitz in Malatya) werden nach einer Mitteilung noch 795 Personen gesucht. In der Mitteilung heißt es, daß in den letzten drei Monaten insgesamt 76 Personen in den Provinzen Malatya, Konya, Kayseri, Nevsehir, Kirsehir, Nigde und Yozgat festgenommen wurden. Von den 795 Personen werden 499 von anderen Kriegsrechtskommandanturen gesucht *(Cumhuriyet vom 02.12.83)*.

5 der in Izmir gefaßten Angehörigen von Dev-Yol wurden in Untersuchungshaft genommen, Gegen die anderen Verdächtigen wird ein Prozeß angestrengt werden, ohne daß sie in Untersuchungshaft müssen *(Cumhuriyet vom 03.12.83)*.

In Istanbul wurden in 12 Stunden 44 Personen gefaßt. Bei den Gesuchten handelt es sich um Entflohene aus der Haft, Verdächtige wegen verschiedener Straftaten und politischer Aktionen und unerlaubten Waffenbesitzes. Bei den verschiedenen Operationen seit dem 30. November wurden 1255 verdächtige Personen festgenommen und durch ein Gericht in Untersuchungshaft geschickt *(Cumhuriyet vom 03.12.1983)*.

In Ankara und Artvin wurden 26 Militante der Organisation Dev-Yol gefaßt (Namen sind aufgeführt), darüber hinaus wurden 22 Angehörige der Organisation Alarizgari in Elazig gefaßt *(Hürriyet vom 04.12.83)*.

In Gölcük wurden zwei Personen gefaßt, die einen Raub ausgeführt und dabei eine Person getötet hatten *(Cumhuriyet vom 06.12.1983)*.

In Diyarbakir sind zwei Häftlinge aus der geschlossenen Haftanstalt entflohen, indem sie die Mauer durchstachen. Die zwei Häftlingen waren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz inhaftiert *(Cumhuriyet vom 06.12.83)*.

In Ankara wurden 25 Angehörige einer illegalen Organisation und fünf weitere Personen, die ihnen Waffen besorgt hatten, gefaßt *(Cumhuriyet vom 07.12.83)*.

f) FOLTER

Cumhuriyet vom 07.12.1983

Drei Polizisten wurden wegen Folter zu einer Strafe von je 20 Monaten verurteilt

Vor dem Militärgericht der 3. Armee wurden die Polizeibeamten Ihsan Ünal, Celal Uzunkaya und Cevat Parlak zu einer Haftstrafe von je 20 Monaten verurteilt, weil sie im Jahre 1981 in den Monaten Januar bis März die Gefangenen Murat und Mustafa Uzuner gefoltert hatten.

Cumhuriyet vom 08.12.1983

Freispruch für Bekir Pullu

Wegen Folterungen an dem als Führer der illegalen Organisation Devrimci Yol angeklagten Oguzhan Müftüoglu wurde der Polizeibeamte Bekir Pullu nun zum zweiten Male vor dem Militärgericht in Ankara freigesprochen. Der Anwalt von Müftüoglu hatte gegen das Urteil Revision eingelegt.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 05.12.1983

Necmettin Karaduman wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt

Im zweiten Wahlgang wurde der Abgeordnete der Vaterlandspartei, Necmettin Karaduman, zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Er bekam 292 Stimmen von den 396 anwesenden Abgeordneten, während sein Gegenkandidat von der HP, Cahit Karakas, 96 Stimmen bekam. 8 Stimmen wurden leer abgegeben. Bei der ersten Runde war die Stimmenverteilung 227:106:61 gewesen.
Necmettin Karaduman wurde 1927 in Trabzon geboren. Er schloß 1948 das Studium der Politikwissenschaften ab und arbeitete dann als Landrat. Zwischen 1952 und 1960 war er Landrat in Fatsa. Von 1966 bis 1970 wiederum in Kahramanmaras. Im Jahre 1970 wurde er zum Gouverneur ernannt und kam schließlich 1977 nach Istanbul, wo er als Generaldirektor der Bahattin Gören-Gruppe fungierte. Dieses Amt hat er bis zwei Monate vor den Wahlen ausgeübt.

Cumhuriyet vom 07.12.1983

Das letzte Gesetz des NSR: Es ist verboten Äußerungen zu tun, die eine Situation wie vor dem 12. September schaffen

Als letztes Gesetz hat der Nationale Sicherheitsrat das Gesetz mit der Nummer 2969 erlassen. Hiernach ist es allen Personen verboten, Äußerungen zu tun, die eine Situation wie vor dem 12. September schaffen könnte. Insbesondere ist es verboten sich lobend oder kritisch zu den ehemaligen Politikern zu äußern. Dieses Gesetz ist eine Ausführung der Übergangsbestimmung 4 a der Verfassung vom 7.11.82.

Cumhuriyet vom 07.12.1983

Ürug und die Kommandanten der Streitkräfte haben ihr Amt angetreten

Nachdem am 2. Dezember die Ernennung des neuen Generalstabschefs und der Kommandanten der Streitkräfte erfolgt war, haben sie nun ihre Ämter angetreten. Zum neuen Generalsstabschef wurde der 1921 geborene Necdet Ürug, der zuletzt den Posten des Kommandanten des Heeres und davor Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates innehatte.
Der 1923 geborene Haydar Saltik wurde Kommandant des Heeres. Er war zuletzt stellvertretender Kommandant gewesen und hatte vorher die Kommandantur der 1. Armee inne.
Als Kommandant der Luftwaffe wurde Halil Sözer ernannt. Er war seit 1981 stellvertretender Kommandant gewesen.
Der ebenfalls 1923 geborene Zahit Atakan wurde Kommandant der Marine. Er war in diesem Jahr zum stellvertretenden Kommandanten ernannt worden.
Für die Gendarmerie wurde Mehmet Buyruk als Kommandant bestimmt. Er ist ebenfalls 1923 geboren und war zuvor Kommandant der 2. Armee und Mitglied des Militärrates gewesen.

Cumhuriyet vom 11.12.1983

Sie fanden sich bei DYP zusammen

Mit einer Feier traten gestern insgesamt 21 ehemalige Minister und 80 ehemalige Parlamentarier in die Partei des Rechten Weges ein. Aus Anlaß des Parteieintrittes

hielt der Parteivorsitzende Avci eine Rede, in der er die Verbundenheit mit der Demokratie und den Menschenrechten betonte.

Cumhuriyet vom 13.12.1983

21 Gründer der verbotenen BTP traten in die DYP ein

Mit einer dritten Feier traten gestern 21 Gründungsmitglieder der später verbotenen Partei der Großen Türkei in die DYP ein. Gleichzeitig wurden auch 37 abgelehnte Gründungsmitglieder der DYP als Mitglieder aufgenommen.

Hürriyet vom 15.12.1983

Die Regierung von Özal

Während man gespannt auf die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Turgut Özal wartet, wurden die Regierungsmitglieder von Staatspräsident Evren empfangen. Die Mitglieder der neuen Regierung sind:

Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister	Kaya Erdem
Minister für	
Justiz	Nejat Eldem
Verteidigung	Zeki Yavuztürk
Inneres	Ali Tanriyar
Außenpolitik	Vahit Halefoglu
Finanzen	Vural Arikan
Erziehung	Vehbi Dincerler
Ernährung	Safa Giray
Handel	Kazim Oksay
Gesundheit und Soziales	Mehmet Aydin
Zoll und Monopol	Mesut Yilmaz
Transport	Veysel Atasoy
Landwirtschaft und Wald	Hüsnü Dogan
Arbeit	Mustafa Kalemli
Industrie	Cahit Aral
Energie	Cemal Büyükbas
Kultur und Tourismus	Mükerrem Tascioglu
Wohnungswesen	Sudi Türel
Dorfwesen	Ismail Özdaglar
Jugend und Sport	Abduallah Tenekeci
Soziale Sicherheit	Ahmet Alptemocin

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 01.12.1983

Wenn Varlik sein Versprechen wahrmacht, dann wird der Lohnzuschlag für 1984 35-40% betragen

Der Vorsitzende der Obersten Schiedsstelle, Naci Varlik, erklärte, daß für den Lohnzuschlag von 1984 die Entwicklung des Preisindexes in dem Zeitraum November 1982 bis November 1983 die Grundlage bilden wird. Wenn Naci Varlik sein Versprechen hält, dann muß der Lohnzuschlag für 1984 35-40% betragen.

Cumhuriyet vom 06.12.1983

Der Zuwachs der Geldemission wurde 15 Monate lang manipuliert

Es wird gemeldet, daß der Anstieg der Geldemission in den auf Juli 1982 folgenden 15 Monaten manipuliert wurde.
Nach einem Bericht der Zeitung 'Dünya' zeigte die Zenralbank mit Hilfe der Lanwirtschaftsbank ab Juli 1982 jeden Freitag eine geringere Geldemission an als die tatsächlich umlaufende Geldmenge.
Diese Prozedur wurde gewählt, um die vom IWF geforderte Emissionsgrenze nicht zu überschreiten. Die Transaktion bestand darin, daß freitag abends die gesamte Liquidität der Landwirtschaftsbank der Zentralbank gutgeschrieben und montag morgens die Umkehrprozedur vorgenommen wurde.
Der Finanzminister erklärte gegenüber 'Dünya', daß sie einen Experten mit der Benachrichtigung des IWF beauftragt, vom Fonds aber die Mitteilung bekommen hätten, daß der Sachverhalt ihnen schon bekannt sei.

Cumhuriyet vom 06.12.1983

"Alles beim alten geblieben"

Die Türk-Is Gewerkschaften haben ihre Vollversammlungen abgehalten . Alte Führungskräfte und Vorsitzenden konnten ihre Position verteidigen.

Cumhuriyet vom 11.12.1983

Entlassungsverbot wird nicht aufgehoben

Da zu viele Arbeitgeber ihre Arbeiter entlassen wollten, wurde nach dem 12.September 1980 vom NSR ein generelles Entlassungsverbot angeordnet . Es wurde beschlossen, dieses Verbot noch einige Zeit aufrechtzuerhalten.
Außerdem heißt es in einem Bericht der Konföderation der Arbeitgeberverbände, daß nach dem 12. September der Arbeitsfrieden hergestellt werden konnte und die Streiks auf 60 Tage beschränkt sein sollten.

PREISERHÖHUNGEN

Nach den Wahlen am 6.November trat eine Reihe von Preiserhöhungen in Kraft, die bis dahin aus wahltaktischen Gründen zurückgehalten worden waren. Wir wollen im folgenden die in der türkischen Presse erschienenen Meldungen und Meinungen zu diesem Thema zusammenfassend darstellen.

Die Preiserhöhungen wurden durch eine Erdölverteuerung von 15% ausgelöst. Milliyet berichtete dies am 20.11.1983 unter der Überschrift **'Der mit einem Paket von Versprechungen angetretene Kafaoglu verläßt sein Amt mit einem Paket von Preiserhöhungen.'**

Hürriyet stellte am 27.11.1983 die Folgen der Erdölverteuerung unter der Überschrift **'Ein chaotischer Markt'** so dar:

'Wegen der Preiserhöhungswelle können die Bürger insbesondere der Lebensmittelverteuerung auf dem Markt nicht mehr folgen. Der Schafskäse, den sie gestern gekauft haben, wird heute zu eienem überhöhten Preis verkauft. In den Großhandel ist ein Preiserhöhungschaos eingebrochen. Neue Preiserhöhungen werden erwartet. Man beobachtet den chaotischen Zustand des Klein- und Großhandels mit Skepsis.'

Cumhuriyet vom 27.11.1983 gab im einzelnen folgende Preiserhöhungen innerhalb einer Woche an:

* Lebensmittel	5-40%
* Milch	33%
* Brot	14%
* Margarine	8%
* Käse	4%
* Fleischprodukte	4-13%
* Fahrtkosten	17-25%
* Omnibus	17%
* Sammeltaxi	25%

* Erdöl	15%
* Flaschengas	16%
* Benzin	14%
*Putzmittel	5-20%
*Spülmittel	20%
* Seife	5-15%
*Baukosten	8-21%
* Fernseher, Kühlschränke	10-20%
* Verkehrsmittel	3-9%

Cumhuriyet vom 29.11.1983 berichtete unter der Überschrift **'Das einzige Gesprächsthema im ganzen Land: Preiserhöhungen'** über die schnelle Ausbreitung der Preiserhöhungen über das ganzeLand:

Nachdem in Großstädten die Preise sofort an die Erdölverteuerung angeglichen wurden, breitet sich nun die Verteuerungswelle ketten- und wellenartig über das ganze Land aus.'

Landesweit wurden die Preise aller Waren, von Kuhmist bis zum Kühlschrank stark erhöht. Nun greifen die Preiserhöhungen auf den Dienstleistungssektor über. Von Grillhäusern bis zu Badeanstalten erhöhen alle Dienstleistungsbetriebe ihre Preise. Man spricht nur von Preiserhöhungen.
Das Motto auf dem Warenmarkt heißt: 'Willst etwas kaufen, dann ist es höchste Zeit'. Dies erlebte man beispielsweise bei den Preiserhöhungen der Firmen 'Arcelik' und AEG. Arcelik will die neuen Preise ab 2.Januar gelten lassen, AEG ab 1.Dezember. Währenddessen starten sie im Fernsehen eine Kampagne unter dem Motto 'Willst du etwas kaufen, dann ist es höchste Zeit'.'

Özal's Erklärung zu Preiserhöhungen war: *"Wir haben niemanden gebeten, die Preiserhöhungen vor der Bildung der neuen Regierung in Kraft treten zu lassen. Wir glauben aber, daß man einen Auftrag funktionsfähig übergeben sollte. Nach den Beschlüssen vom 24.Januar 1980 gewannen die Schwarzmarktpreise offiziellen Charakter, und die Inflationsrate stieg innerhalb von einem Monat um 29% an. Ich glaube, daß wir diesmal wieder vor demselben Problem stehen."*

In Cumhuriyet vom 02.12.1983 kommentierte der Kolumnist, Osman Ulagay, die ERklärung von Özal und die auf die Preiserhöhungen folgenden Entwicklungen folgendermaßen:

'Der Markt reagierte auf die Verzögerung bei der Regierungsbildung und die Erdölverteuerung mit Preiserhöhungen und interpretierte dabei Özal's Erklärung als ein Startzeichen.'

Der Ökonom Arslan Baser Kafaoglu erklärte in derselben Ausgabe von Cumhuriyet:

'Für die Preiserhöhungen sind diejenigen verantwortlich zu machen, die während der Wahlpropaganda einen realistischen Wechselkurs, die Freigabe von Zinssätzen und die Streichung der Subventionen versprochen haben. Es wäre absurd zu glauben, daß nach diesen Versprechungen keine Preiserhöhungen stattfinden würden. Die neuen Machthaber wollen sich, wie im Februar und März 1980, auf ihren Erfolg bei der Senkung der Inflationsrate berufen.'

Ferner führt Cumhuriyet die Erklärung eines Ladenverkäufers an:

'Gleichgültig, was für eine staatliche Kontrolle besteht, sind die Chefs immer in der Lage, die Preiserhöhungen auf die Preise ihrer Waren abzuwälzen. Ich möchte nur fragen, ob unsere Führung, die bei einem Lohnzuschlag von 3.000 Lira einen Monat lang nachdenkt, sich auch Gedanken darüber macht, wie diese Preiserhöhungen einzudämmen sind?'

Cumhuriyet konnte noch am 03.12.1983 unter der Überschrift **'Die Preiserhöhungen sind vorbei, aber das Rundschreiben ist immer noch unterwegs'** melden:

'Das Rundschreiben des Handelsministeriums zur 'Verhinderung der anomalen Preiserhöhungen' wird selbst nach Auffassung der Verfasser des Rundschreibens wirkungslos bleiben. Einige Gouverneure erklärten, daß ihre Kontrollen sowieso fortgesetzt würden und das Rundschreiben bei ihrer Arbeit wirkungslos bleiben wird. Ferner wird gemeldet, daß einige Provinzstädte das Rundschreiben noch nicht erhalten haben.'

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 02.12.1983

Der Ausbau der Flughäfen steigerte die Investitionen der NATO in die Türkei

Die Aufwendungen der NATO im Rahmen der infrastrukturellen Investitionen erreichten im Zeitraum Januar-September 1983 einen Betrag von 96,1 Millionen Dollar. Letztes Jahr betrugen die Aufwendungen der NATO für infrastrukturelle Zwecke im gleichen Zeitraum 10,7 Millionen Dollar. Der Grund für den Anstieg der Aufwendungen ist der Flughafenbau im Südosten der Türkei.

Cumhuriyet vom 04.12.1983

Genscher hält seinen positiven Türkei-Bericht zurück

Bundesaußenminister Genscher hat seinen Türkei-Bericht letzte Woche zu Ende geschrieben. Der Bericht ist für den Bundestag bestimmt.
Genscher hat es allerdings nicht eilig, den Bericht dem Bundestag vorzulegen. Er hält seinen positiven Türkei-Bericht noch einige Zeit zurück.

Cumhuriyet vom 05.12.1983

Evren besuchte in Jordanien Militärstützpunkte

Staatspräsident Kenan Evren hat am zweiten Tag seines Jordanien-Besuches einige Militärstützpunkte und -einheiten besucht. Im Hauptquartier der Streitkräfte führte er mit König Hossein Bin Tallal ein zweites Gespräch. Bei dieser Gelegenheit wurde ein ökonomisches Rahmenabkommen über industrielle und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Cumhuriyet vom 08.12.1983

Den USA werden für Libanon Benutzungsrechte in Incirlik eingeräumt

Der Sprecher des Außenministeriums beantwortete die Fragen der Reporter über die Erleichterungen, die die Türkei den USA bei der Versorgung ihrer Truppen in Libanon mit Material und Personal einräumen wird.
Der Sprecher des Außenministeriums, Nazmi Akiman, teilte mit, daß Incirlik nicht nur als Transit-Terminal benutzt wird, sondern auch zur Beförderung vom Militärpersonal dienen wird.

INTERNATIONALE PRESSEUMSCHAU

The Middle East (London), 12)1983:

Ozal and the generals

Turkey was formally returned to civilian rule on 23 November, with the holding of the first session of the newly-elected national assembly. But many questions remain about the future relationship between the military and the new politicians.

The 6 November general election offered voters a very restricted choice, several parties having had their candidates barred from standing by the military government. In the event, the right-wing Motherland Party of former deputy prime minister Turgut Ozal won an absolute majority – 211 seats out of 400, with 45 per cent of the vote.

The centrist Populist Party won 117 seats (30.4 per cent) and the military's favoured Nationalist Democracy Party, headed by retired General Sunalp, came a poor third with 71 seats and 23.2 per cent of the vote.

Ozal's victory came despite – or, some would argue, because of – President Evren's vitriolic attack on him, on the eve of the poll, as one who has "repeatedly claimed, and with pride, that they have been singled out by God for being blessed with all knowledge and skills . . ."

Turks familiar with official thinking suggest that Evren thought Ozal too outspoken in making election promises he would be unable to fulfil, so undermining popular confidence in civilian rule.

But dissident sources argue that Evren made the mistake of equating popular acquiescence in military rule with active support, and so miscalculated the effect of his message on the electorate.

But even if the Motherland Party's victory was not quite what President Evren and the military wanted, it can hardly be taken to mean that the military will now withdraw from the political arena and cease to influence events.

As one well-informed observer put it: "The difference between this time and the previous military governments [1961 and 1970] is that, even if the military return to barracks, they have left behind them fundamental changes – they have sewn the whole thing up. It would take a very strong civilian government to challenge that."

Prime Minister Ozal and his government are unlikely to be able or willing to make that challenge. Even official opinion admits that, in practice, Ozal's position is hedged around with restrictions.

The 1982 constitution strengthens the position of the president vis-à-vis the prime minister and national assembly, giving him the power to dissolve parliament and call new elections if parliament is not able, in his estimation, to fulfil its duties.

He can also instruct the prime minister to order ministers to resign. In addition he retains the power to veto legislation unless overriden by the assembly.

Martial law is still in force and before the elections the military passed a whole battery of laws restricting freedoms of speech and association and giving the government tight control of security matters.

Informed Turkish observers think Ozal would like to lift martial law to improve Turkey's image abroad and to offer a freer climate for his free-market ideology. He is said to place more emphasis than Evren on the economic roots of dissidence and violence.

Nonetheless, even on this issue, much would depend on the military's assessment of how much opposition still exists. Evren stressed just before the election that "even now anarchy and terror have not been completely eradicated. As a matter of fact, not a single day passes without us hearing [of] newly captured militants of the old organisations".

All sides agree that Ozal and the national assembly are unlikely to go beyond minor amendments of the existing laws regulating the press, the universities and the trade unions. There appears to be a consensus in ruling circles that these are still needed.

Ozal will have to rely on his handling of the economy to give him some room to manoeuvre. Seen as a technocrat in the West, he was, ironically, a fellow traveller of the now banned right-wing Islamic National Salvation Party in the 1970s, and his brother was a leader of one of its factions.

But now he espouses an energetic monetarist policy of reducing state control of the economy, holding down wages, boosting exports and allowing high interest rates – not all of which are guaranteed to make him well loved at home. He is still, however, a popular figure in the West, particularly with the international financial agencies and banks.

At present, the economy is beginning to flounder again as exports and remittance flows are weakening. Ozal has asked for six months to put the economy on course, and certainly by the end of a year he will need to have something to show both the military and the country as a whole. □

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Hürriyet vom 11.12.1983

Bayülken: "Der Vertrag für die F-16 Flugzeuge wird am 15.Dezember abgeschlossen"

Verteidigungsminister Ümit Haluk Bayülken, der in Brüssel bei der nuklearen Planungsgruppe die Türkei vertreten hat, kehrte nach Ankara zurück. Bayülken beantwortete die Frage über die F-16-Flugzeuge mit den Worten: *"Der Vertrag für die F-16-Flugzeuge wird bis zum 15.Dezember von türkischer und amerikanischer Regierung unterzeichnet werden."*

Außerdem ging Bayülken auf die Frage nach Terminal-Erleichterungen für die USA ein: *"Es ist offenkundig, daß dies eine begrenzte Hilfe darstellt. Es geht um das Problem, daß im Rahmen der türkisch-amerikanischen Beziehungen der international anerkannten Friedenstruppe gewisse Erleichterungen eingeräumt werden."*

Hürriyet vom 12.12.1983

Das deutsche Parlament hat die Türkei-Hilfe bestätigt

Im westdeutschen Parlament wird die Haushaltsdebatte von Regierungs- und Oppositionsparteien unvermindert hart weitergeführt. Die Türkei-Hilfe in Höhe von 130 Millionen DM wurde dabei angenommen.

Cumhuriyet vom 13.12.1983

"Die Türkei liegt im Interessengebiet von Israel"

Israel's Vertreter in Ankara, Ali Shaked, sagte, daß Staatspräsident Evren das Problemgebiet Nahost realistisch beurteilt und Israel nichts gegen die Interessen der Türkei unternehmen werde. Shaked führte aus, daß die USA Lösungen suchen, ohne selber in die Nahost-Konflikte verwickelt zu werden und die Türkei auch so verfahren sollte.

AN DIE LESER DES TID!!!

Da die Redaktion des türkei - infodienstes in der letzten Dezemberwoche nicht besetzt ist, (manche machen Sommerpause, wir Sylvesterpause) wird die nächste Ausgabe nicht am 2. Januar 1984, sondern erst am **16. Januar 1984** erscheinen; und zwar als Doppelheft 72/73.
Wir bitten um Ihr Verständnis und möchten Ihnen an dieser Stelle alles Gute für das Jahr 1984 wünschen.

ZUR INFORMATION

...
Es ist bislang nur in einigen wenigen Fällen gelungen, geplante Auslieferungen und Abschiebungen durch breite öffentliche Proteste bekannt zu machen, zu stoppen und zu verhindern. In vielen Fällen aber erfolgen solche Maßnahmen, ohne daß die Öffentlichkeit hiervon rechtzeitig informiert und entsprechende Aktionen des Protestes dagegen entwickelt werden können. Wir wollen nicht erst wieder reagieren, wenn ein anderer Ausländer seine Lage nicht mehr ertragen kann.
In Hamburg hat sich ein Arbeitskreis des DAAD gebildet, der speziell zum Bereich Auslieferungen/Abschiebungen arbeitet. Erster Schritt ist die Erarbeitung einer Dokumentation, die die politische und juristische Situation der Auslieferungspraxis der BRD beschreibt und einzelne Fälle, Ausmaße, geplante Abschiebungen darstellt. Parallel ist die Einrichtung eines zentralen Büros geplant, das mögliche/geplante Abschiebungen/Auslieferungen sammelt, zentralisiert, zusammenstellt, Informationsgeber und -träger für Initiativen und Öffentlichkeit ist. Uns ist bis jetzt keine andere Anlaufstelle dieser Art bekannt. Es ist aber unbedingt wichtig, einen Überblick zu bekommen, da die Dunkelziffer oder die Anzahl der überraschenden Abschiebungen/Auslieferungen nach unseren Erfahrungen sehr groß ist. Es sollten darüber Strukturen entstehen, die bundesweit in der Lage sind, erforderliche Informationen schnell weiterzuleiten, so daß andere Gruppen, Initiativen, Abgeordnete etc. damit öffentlich arbeiten können.
Der Arbeitskreis wird sich darum bemühen, mit anderen Menschenrechtsgruppen in Kontakt zu treten und anerkannt zu werden. Außerdem sollen Personen des öffentlichen Lebens, Politiker, Juristen, Künstler gewonnen werden, die einen Unterstützerkreis bilden und für die Arbeit den Beirat übernehmen.
Die Arbeit eines solchen Büros müßte weitgehend aus Spenden finanziert werden.
...
(aus einem Flugblatt des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses vom 19.9.1983)
Kontakt:
Franz Scheurer c/o DAAD
Wallgraben 37
2100 Hamburg 90

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig